

**Statement vom 06.11.2015****In Würde sterben können**

Die Abstimmung über die Sterbehilfe war heute eine sehr schwere Gewissensentscheidung mit der ich mich über ein Jahr auch mit Besuchen zum Beispiel im Hospiz in Hanau intensiv beschäftigt habe. Grundsätzlich gilt für mich: Das Selbstbestimmungsrecht eines jeden sehe ich als ein hohes Gut. Es ist deshalb richtig, dass heute jeder Mensch auch mit Hilfe der Patientenverfügung selbst bestimmen kann, ob eine lebensverlängernde Behandlung gesetzt werden soll oder nicht. Daran wollte keiner der Gesetzesentwürfe etwas ändern ebenso wenig wie am Verbot der aktiven Sterbehilfe (Tötung auf Verlangen). Die vorliegenden Gesetzesentwürfe unterschieden sich allerdings bei der Frage inwieweit die Beihilfe zum Suizid wie bisher uneingeschränkt erlaubt bleibt oder nicht. Denn momentan sind auch geschäfts- und gewerbsmäßige Angebote der Hilfe zur Selbsttötung, für die die Notleidenden Patienten teils viel Geld zahlen müssen, durch Organisationen oder Einzelperso-

nen zulässig. Ich möchte aber kein Geschäft mit dem Tod zulassen. Deshalb habe ich für einen neuen Straftatbestand gestimmt, der die geschäftsmäßige Förderung der Selbsttötung verbietet und unter Strafe stellt, es aber Ärzten oder nahen Angehörigen oder besonders nahestehenden Freunden weiterhin ermöglicht im Einzelfall aus altruistischen Gründen straffrei Beihilfe zum Suizid zu leisten. Dieser Gesetzesentwurf fand auch parteiübergreifend eine große Mehrheit im Bundestag. Was für mich jedoch am Wichtigsten ist: Jeder Mensch muss die Möglichkeit haben, die letzten Wochen, Tage und Stunden seines Lebens würdevoll, behütet und möglichst ohne Schmerzen zu verbringen. Deshalb haben wir im Bundestag ebenfalls in dieser Woche Verbesserungen bei der Palliativversorgung beschlossen. Ziel ist es, schwer Kranke am Ende ihres Lebens besser und individueller zu betreuen, um ihnen Schmerzen und Ängste zu nehmen. Im Sterben dürfen wir niemanden allein lassen."

**Dr. Sascha Raabe**
MdB

Bürgermeister a.D.

Kontakt:
Deutscher BundestagPlatz der Republik
11011 Berlin

Tel: (030) 227 - 73334

Fax: (030) 227 - 76376

Email: sascha.raabe@bundestag.de

WahlkreisbüroAm Freiheitsplatz 6
63450 Hanau

Tel: (06181) 24098

Fax: (06181) 259756

Pressemitteilung vom 06.11.2015

Verzögerung des Riederwaldtunnels: Schlag ins Gesicht der Pendler aus dem Main-Kinzig-Kreis

Dr. Sascha Raabe MdB und SPD-Kreistagsfraktion reagieren mit Unverständnis auf entsprechende Mitteilung aus dem Hessischen Verkehrsministerium

„Für die Pendlerinnen und Pendler aus dem Main-Kinzig-Kreis bedeutet die Nachricht aus dem Hessischen Verkehrsministerium, dass sich der Baubeginn für den Streckenabschnitt am östlichen Rand Frankfurts, des sogenannten Riederwaldtunnels, weiter verzögern soll, einen herben Schlag ins Gesicht“, erklären Dr. Sascha Raabe MdB und Klaus Schejna, Vorsitzender der SPD-Fraktion im Kreistag des Main-Kinzig-Kreises.

Bereits heute pendeln tausende Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer täglich aus dem Kreisgebiet in die Stadt Frankfurt. Dies führt bekanntermaßen zu erheblichen Staus und Verkehrsbehinderungen am Ende der A 66 bei Bergen Enkheim. Mit dem Lückenschluss von 2,2 Kilometern zwischen der A 66 und der A 661 und einem 1,1 Kilometer langen Tunnel unter dem Stadtteil Riederwald soll diese Situation beendet und damit auch die Anwohner entlastet werden.

„Noch im August 2014 prognostizierte Hessen Mobil eine Fertigstellung des Streckenabschnittes

nach 7-jähriger Bauzeit zum Ende 2022. Die Stadt Frankfurt profitiert von den Arbeitskräften aus dem Umland. Es ist für uns nicht nachvollziehbar, dass sich nach all den Jahren der Prüfungen und Untersuchungen nun herausgestellt haben soll, dass diese nicht mehr den aktuellen Gegebenheiten genügen und mit einer Fertigstellung somit frühestens im Jahr 2025 zu rechnen sei. Eine Verschleppung des Baubeginns bedeutet für die Menschen im Main-Kinzig-Kreis weitere drei Jahre morgendliches Stehen im Stau, um zu ihren Arbeitsplätzen in der Main-Metropole Frankfurt zu gelangen. Der Ballungsraum Rhein-Main endet nicht an der Frankfurter Stadtgrenze“, so Raabe und Schejna unisono.

Mit einem Schreiben an den Hessischen Verkehrsminister Tarek Al-Wazir fordern Raabe und Schejna, alles dafür zu tun, damit die Arbeiten zum Ausbau des Riederwaldtunnels auf jeden Fall im kommenden Jahr beginnen können und damit der Pendlerverkehr endlich entlastet wird.



**Dr. Sascha Raabe
MdB**

Bürgermeister a.D.

**Kontakt:
Deutscher Bundestag**

Platz der Republik
11011 Berlin

Tel: (030) 227 - 73334

Fax: (030) 227 - 76376

Email: sascha.raabe@bundestag.de

Wahlkreisbüro

Am Freiheitsplatz 6

63450 Hanau

Tel: (06181) 24098

Fax: (06181) 259756

